



Rosenstadt | ZWEIBRÜCKEN

24.09.2025

Niederschrift

über die 13. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 03.09.2025, 17:00 Uhr, im Ratssaal,
Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitz

Oberbürgermeister Dr. Marold Wosnitza

Stadtvorstand

Bürgermeister Christian Gauf

Beigeordnete Christina Rauch

Ratsmitglieder

Theresa Baumann	anwesend ab 17:02 Uhr, TOP I/2
Pascal Dahler	abwesend ab 19:40 Uhr, TOP I/17
Marcel de Gruisbourne	
Kurt Dettweiler	
Thomas Eckerlein	abwesend ab 20:50 Uhr, TOP II/3
Rolf Franzen	
Klaus Fuhrmann	
Dr. Christoph Gensch	
Heinrich Grim	
Christian Hofer	abwesend ab 21:24 Uhr, TOP II/5
Aaron Halaus	
Dr. Julia Igel	abwesend ab 21:24 Uhr, TOP II/5
Cornelia Keuchel	abwesend ab 19:34 Uhr, TOP I/17
Jonas Keuchel	
Thomas Körner	
Patrick Lang	
Elisabeth Metzger	abwesend ab 20:38 Uhr, TOP II/1
Stéphane Moulin	
Simon Nikolaus	
Anne Oberle	
Dr. Norbert Pohlmann	
Walter Rimbrecht	anwesend ab 17:08 Uhr, TOP I/3
Achim Ruf	
Gertrud Schiller	abwesend ab 20:39 Uhr, TOP II/1
Frank Schmid	abwesend ab 21:24 Uhr, TOP II/5

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Aaron Schmidt	abwesend ab 19:40 Uhr, TOP I/17
Klaus Peter Schmidt	
Sara-Kim Schneider	
Dr. Ulrich Schüler	
Pervin Taze	abwesend ab 20:35 Uhr, TOP II/1
Jannik Telöken	
Erika Watson	
Julian Wilhelm	

Protokollführung

Alessa Buchmann
Cristina Schatz

von der Verwaltung

Stefanie Baumann
Werner Brennemann
Dr. Annegret Bucher
Benedikt Burkey
Thomas Deller
Benedikt Eckert
Tim Edinger
Martin Gries
Nicole Hartfelder
Thomas Hoyer
Jens John
Alex Kimmel
Barbara Kirsch-Hanisch
Jutta Klein
Johannes Kuhn
Steffen Mannschatz
Diana-Alexandra Marton
Antonia Mayer
Christian Michels
Holger Seib
Jessica Stange
Monika Urbatsch
Florian Zahler

Gäste

Grewenig	Stadtverwaltung Landau i. d. Pfalz
Rohrsen	Kreisverbindungskommando Zweibrücken/Landeskommando RLP
Wühl	VRN GmbH
Zander	VRN GmbH

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Abwesend:

Ratsmitglieder

Moritz Bächle
Herbert Beckmann
Rebecca Dahler
Falk Dettweiler
Verena Ecker
Thorsten Gries

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Tagesordnung

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
- 3 Erfahrungsbericht VRNflexline in Landau und dem Verbundgebiet
- 4
 - 1 Bestimmung des Tages für die Wahl der Oberbürgermeisterin / des Oberbürgermeisters
 - 2 Ausschreibung der Stelle der Oberbürgermeisterin / des Oberbürgermeisters
Vorlage: 10/3542/2025
- 5 Unterrichtung des Stadtrates über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 21 GemHVO
Vorlage: 20/3593/2025
- 6 Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen über 10.000 Euro
Vorlage: 20/3597/2025
- 7 Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen über 50.000 Euro
Vorlage: 20/3591/2025
- 8 Jahresabschluss 2024 der GeWoBau GmbH Zweibrücken einschließlich Weisungserteilung gemäß § 88 GemO
Vorlage: 20/3592/2025
- 9 Erteilung von Weisungen
 1. Stadtwerke Zweibrücken GmbH
 2. Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH
Vorlage: 20/3575/2025
- 10 Sanierung Freisportanlage Kleiner Exe; Abbruch- und Herrichtungsarbeiten - Mehraufwand bei Ausbau und Entsorgung von Aushüben
Vorlage: 40/3595/2025
- 11 Teilerneuerung der öffentlichen Straßenbeleuchtung im Stadtteil Mittelbach; Vergabe
Vorlage: 60/3596/2025
- 12 Besetzung von Ausschüssen und Gremien
Vorlage: 10/3570/2025
- 13 Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO Annahme von Spenden
Vorlage: 10/3590/2025

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

- 14** Einrichtung einer Tempo-30-Zone im Bereich zwischen der Ixheimer Straße und dem Autobahndamm und zwischen Schlachthofstraße und Einmündung in die Bitscher Straße; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion
Vorlage: 10/3598/2025
- 15** Einführung der Bezahlkarte auf Grundlage des AsylbLG; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion
Vorlage: 10/3599/2025
- 16** Antrag auf Unterrichtung des Stadtrates gemäß § 33 Abs. 3 GemO, Antrag auf Akteneinsicht i. S. d. § 33 Abs. 3 GemO; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion
Vorlage: 10/3600/2025
- 17** Anfragen von Ratsmitgliedern
- 18** Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Um Missverständnissen vorzubeugen möchte er zudem informieren, dass es sich bei dem Tagesordnungspunkt „Antrag auf Unterrichtung des Stadtrates, Antrag auf Akteneinsicht von der CDU“ um keinen Tagesordnungspunkt mit Abstimmung handle. Man werde hierzu im Rahmen des Unterrichtsrechtes lediglich entsprechende Ausführungen machen.

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Punkt 1: Einwohnerfragestunde **(öffentlich)**

Der Vorsitzende informiert darüber, dass keine Einwohnerfragen eingegangen seien.

Verteiler:
10.2.1

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Punkt 2: Verpflichtung eines Ratsmitgliedes **(öffentlich)**

Der Vorsitzende erläutert anhand der Bestimmungen der Gemeindeordnung (§ 30 Abs. 2) die Pflichten eines Ratsmitglieds (Schweigepflicht, Treuepflicht und Sonderinteresse) und verpflichtet Frau Keuchel durch Handschlag.

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Punkt 3: **Erfahrungsbericht VRNflexline in Landau und dem** **(öffentlich)** **Verbundgebiet**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Herr Grewenig von der Stadtverwaltung Landau i. d. Pfalz und Herr Wühl von der VRN GmbH halten eine ausführliche Präsentation zur VRNflexline in Landau und dem Verbundgebiet, welche im Nachgang in Session hochgeladen wird.

Ratsmitglied Lang, GRÜNE, befürchtet, dass die Konkurrenz gegenüber den Taxiunternehmen durch das Angebot erhöht sei. Er möchte wissen, wie man in Landau damit umgehe und wie der Fahrpreis berechnet werde.

Herr Grewenig, Stadtverwaltung Landau, berichtet darüber, dass im Jahr 2022 das Angebot in Landau eingeführt wurde. Erst Ende 2023 kamen erste Meldungen von Taxiunternehmen an den Oberbürgermeister. Grundsätzlich bestehe die Konkurrenz, allerdings gehe es hier um grundlegende Unterschiede. Man hab z. B. kein Recht auf eine Einzelbeförderung, keine Tür zu Tür Beförderung sowie keine Beförderungsgarantie. All das muss ein Taxiunternehmer erbringen, weshalb jedem frei überlassen sei, welche Art von Beförderung er bevorzuge.

Herr Wühl, VRN, erklärt, dass der Fahrpreis sich wie bei einem Linienbus berechne. Hier gebe es keinerlei Tarifunterschiede zwischen dem Linienverkehr und der Flexline.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Watson, FDP, erklärt Herr Wühl, VRN, dass der Verkehrsverbund als Dienstleister für die Aufgabenträger mit involviert sei. Man sei auch vorher schon in der Konzeptionellen Ausarbeitung dabei. Als Mitglied des Verkehrsverbund Rhein-Neckar, werden die Dienstleistungen nicht zusätzlich in Rechnung gestellt. Da es sich hier um ein ÖPNV Angebot handele, gilt auch das Deutschlandticket.

Im Anschluss nimmt der Stadtrat diese Angelegenheit zur Kenntnis.

Verteiler:

60

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Punkt 4:
(öffentlich)

- 1 Bestimmung des Tages für die Wahl der Oberbürgermeisterin / des Oberbürgermeisters**
 - 2 Ausschreibung der Stelle der Oberbürgermeisterin / des Oberbürgermeisters**
- Vorlage: 10/3542/2025**

Oberbürgermeister Dr. Wosnitza übergibt den Vorsitz für diesen Tagesordnungspunkt an Herrn Bürgermeister Gauf. Dieser verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat folgende

Beschlüsse:

- 1 Der Aufsichtsbehörde wird als Tag für die Urwahl der Oberbürgermeisterin / des Oberbürgermeisters der 22. März 2026 und als Tag einer etwa notwendig werdenden Stichwahl der 12. April 2026 vorgeschlagen.
- 2 Der Text der beigefügten Stellenausschreibung für die Stelle der Oberbürgermeisterin / des Oberbürgermeisters der Stadt Zweibrücken soll veröffentlicht werden in/auf:
 - Homepage der Stadt
 - Amtsblatt der Stadt
 - Interamt
 - Bund.de
 - Bundesagentur für Arbeit
 - Staatsanzeiger Rheinland-Pfalz
- 3 Die Ausschreibung der Stelle soll bis 18. Januar 2026 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	1

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:
10.1

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Punkt 5:
(öffentlich)

**Unterrichtung des Stadtrates über den Stand des
Haushaltsvollzugs gemäß § 21 GemHVO
Vorlage: 20/3593/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und übergibt das Wort an den Bürgermeister als Finanzdezernenten.

Finanzdezernent Gauf, informiert darüber, dass die Gewerbesteuerereinnahmen rückläufig seien, sodass eine Verschlechterung der Haushaltssituation bestehe. Da die Zahlen nicht mehr mit denen übereinstimmen, die dem Stadtrat vorgelegt worden sind, schlägt er vor, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, um in der nächsten Sitzung die aktualisierten Zahlen präsentieren zu können.

Es spricht sich niemand gegen die Vertagung des Tagesordnungspunktes aus.

Verteiler:

20

10.1.1 WV für nächsten SR

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Punkt 6:
(öffentlich)

**Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen
Aufwendungen/Auszahlungen über 10.000 Euro
Vorlage: 20/3597/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Den Anträgen der Ämter gemäß Anlage wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

20

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Punkt 7: **Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen**
(öffentlich) **Aufwendungen/Auszahlungen über 50.000 Euro**
 Vorlage: 20/3591/2025

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Nach kurzer Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Den Anträgen der Ämter gemäß Anlage wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung, befand sich Ratsmitglied Dr. Pohlmann, GRÜNE, nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:

20

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Punkt 8:
(öffentlich)

**Jahresabschluss 2024 der GeWoBau GmbH Zweibrücken
einschließlich Weisungserteilung gemäß § 88 GemO
Vorlage: 20/3592/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat folgende

Beschlüsse:

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2024 der GeWoBau GmbH Zweibrücken

Die Bilanzsumme beträgt EUR 93.015.523,43

Der Jahresüberschuss beträgt EUR 980.651,51

Entsprechend dem Beschluss des Aufsichtsrates in seiner Sitzung vom 05.06.2025 werden 383.601,51 € in die Gewinnrücklage eingestellt. Der Bilanzgewinn in Höhe von 597.050,00 € wird an die Gesellschafter Stadt Zweibrücken und Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH kongruent (Verhältnis 85:15) ausgeschüttet.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Feststellung des Jahresabschlusses 2024 und der Ergebnisverwendung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung, befand sich Ratsmitglied Dr. Pohlmann, GRÜNE, nicht im Sitzungsraum.

2. Entlastung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2024 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung, befand sich Ratsmitglied Dr. Pohlmann, GRÜNE, nicht im Sitzungsraum.

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Verteiler:
20
GeWoBau

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Punkt 9:
(öffentlich)

Erteilung von Weisungen

1. Stadtwerke Zweibrücken GmbH

2. Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH

Vorlage: 20/3575/2025

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgende

Beschlüsse:

1. Stadtwerke Zweibrücken GmbH:

**1.1 Feststellung des vom Aufsichtsrat gebilligten Jahresabschlusses 2024 und
Verwendung des Jahresergebnisses 2024:**

Die Bilanzsumme beträgt: 55.136.702,07 €

Der Jahresüberschuss beträgt aufgrund des
am 10.12.2021 geänderten Gewinnabführungsvertrages: 0,00 €

Verwendung des Jahresergebnisses 2024:

Ergebnis **vor** Gewinnabführung, Ausgleichszahlung und
Ertragssteuern auf die Ausgleichszahlung: 5.590.799,74 €

Gemäß Gewinnabführungsvertrag der Stadtwerke Zweibrücken
GmbH mit der Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH vom
10.12.2021 erfolgt die Verwendung des Jahresergebnisses 2024
wie folgt:

Gewinnabführung an die Stadtwerke Zweibrücken
Service GmbH: 4.433.599,73 €

Ausgleichszahlung an die Thüga AG, München,
gemäß § 3 Gewinnabführungsvertrag: 975.571,55 €

von der Stadtwerke Zweibrücken GmbH zu tragende
Ertragssteuern auf die Ausgleichszahlung: 181.628,46 €

Jahresüberschuss somit: 0,00 €

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Feststellung
des Jahresabschluss 2024 und der Ergebnisverwendung zuzustimmen.

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

1.2 Entlastung der Geschäftsführung u. des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2024:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2024 zuzustimmen.

1.3 Wahl des Abschlussprüfers für die Prüfung des Geschäftsjahres 2025:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Empfehlung des Aufsichtsrates, die Firma WIKOM AG, Frankfurt am Main, mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2025 zu betrauen, zuzustimmen.

2. Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH:

2.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2024 u. Verwendung des Jahresüberschusses 2024:

Die Bilanzsumme beträgt: 42.309.657,31 €

Der Jahresüberschuss beträgt: 1.738.302,92 €

Verwendung des Jahresüberschusses 2024:

Aus dem Jahresüberschuss von 1.738.302,92 € wird ein Betrag von 1.738.000,00 € am 25.09.2025 ausgeschüttet. Der Restbetrag von 302,92 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Feststellung des Jahresabschlusses 2024 und der Verwendung des Jahresüberschusses zuzustimmen.

2.2 Entlastung der Geschäftsführung u. des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2024:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2024 zuzustimmen.

2.3 Wahl des Abschlussprüfers für die Prüfung des Geschäftsjahres 2025:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Empfehlung des Aufsichtsrates, die Firma WIKOM AG, Frankfurt am Main, mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2025 zu betrauen, zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 31 Mitglieder teil.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung, befanden sich Ratsmitglieder Dr. Pohlmann, GRÜNE, und Schmidt A., DIE PARTEI, nicht im Sitzungsraum.

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Verteiler:
20
Stadtwerke

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Punkt 10:
(öffentlich)

Sanierung Freisportanlage Kleiner Exe; Abbruch- und Herrichtungsarbeiten - Mehraufwand bei Ausbau und Entsorgung von Aushüben
Vorlage: 40/3595/2025

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Dettweiler, FWG, erklärt Herr Hoyer, UBZ, dass das Unternehmen eine voraussichtliche Schlussrechnung zur Verfügung gestellt habe. In dieser sei auch schon die Auftragserweiterung enthalten, sodass man mit keinen weiteren Kosten rechnen müsse. Die Kosten für die Abbruch- und Herrichtungsarbeiten seien Teil der Kostenberechnung, welche dem Zuwendungsantrag zugrunde gelegen haben, womit auch diese anteilmäßig förderfähig seien.

Im Anschluss fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den bestehenden Bauvertrag mit der **Fa. Erd- und Abbrucharbeiten Plickert**, Wallaustraße 13, 55118 Mainz über die Abbruch- und Herrichtungsarbeiten zur Sanierung der Freisportanlage Kleiner Exe um die Kosten der Mengenmehrung in Höhe von **137.575,90 € (brutto)** zu erweitern.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung, befand sich Ratsmitglied Schmidt A., DIE PARTEI, nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:

40
60

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Punkt 11: **Teilerneuerung der öffentlichen Straßenbeleuchtung im Stadtteil**
(öffentlich) **Mittelbach; Vergabe**
 Vorlage: 60/3596/2025

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Nach kurzer Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Auftrag für die Teilerneuerung der Straßenbeleuchtung gemäß obiger Liste wird an die Firma Spie SAG GmbH, Raiffeisenstraße 21, 66895 Landstuhl laut Angebot vom 12.08.2025, zum Angebotspreis von brutto 55.335 € vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung, befand sich Ratsmitglied Schmidt A., DIE PARTEI, nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:

30

60

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Punkt 12:
(öffentlich)

Besetzung von Ausschüssen und Gremien
Vorlage: 10/3570/2025

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Taze, SPD, weist daraufhin, dass Frau Leshchuk ab sofort den Namen Tomisch trägt.

Im Anschluss fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgende

Beschlüsse:

1. Frau Nataliya Tomisch wird als beratendes Mitglied und Frau Aynur Yusifova wird als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.
2. Frau Richterin Christina Fischer wird als beratendes Mitglied und Herr Richter Daniel Deutschmann wird als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.
3. Herr Eric Graetz wird als Vertreter des AWO-Seniorenhauses „Am Rosengarten“ als Mitglied des Seniorenbeirates gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 31 Mitglieder teil.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung befanden sich Ratsmitglieder Wilhelm, CDU, und Schmidt A., DIE PARTEI, nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:

10.2

50-Grzeiak

50-Seebald

51

Akte Jugendhilfeausschuss

Akte Seniorenbeirat

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Punkt 13:
(öffentlich)

Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO Annahme von Spenden
Vorlage: 10/3590/2025

Oberbürgermeister Dr. Wosnitza übergibt den Vorsitz für diesen Tagesordnungspunkt wegen Betroffenheit an den Herrn Bürgermeister Gauß. Dieser verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Annahme der folgenden Spende und Sponsorenmittel wird zugestimmt.

1. Herr Dr. Marold Wosnitza, Hollerweg 31, 66482 Zweibrücken, spendet der Jugendbücherei einen Geldbetrag in Höhe von 150,00 € anlässlich des Lesesommers 2025.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 31 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.2
20
41

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Punkt 14:
(öffentlich)

**Einrichtung einer Tempo-30-Zone im Bereich zwischen der
Ixheimer Straße und dem Autobahndamm und zwischen
Schlachthofstraße und Einmündung in die Bitscher Straße; Antrag
der SPD-Stadtratsfraktion
Vorlage: 10/3598/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Moulin, SPD, möchte nochmal hervorheben, dass es sich bei der Schlachthofstraße nur um die Begrenzung des Gebiets handele. Die Fraktion sei damit einverstanden, den Antrag dem zuständigen Arbeitskreis für Verkehrssicherheit zu geben. Jedoch mit der Bitte, dass zeitnah getagt werde.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung des Antrags in den Arbeitskreis für Verkehrssicherheit abstimmen mit folgendem

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Der Antrag wird vertagt und dem Arbeitskreis für Verkehrssicherheit vorgetragen.

Verteiler:
Ordner Anträge
32

Punkt 15:
(öffentlich)

**Einführung der Bezahlkarte auf Grundlage des AsylbLG; Antrag
der CDU-Stadtratsfraktion
Vorlage: 10/3599/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Dahler, CDU, macht Ausführungen zum Antrag. Die Fraktion beantrage, dass die Verwaltung damit beauftragt werde, bis zur nächsten Sitzung ein Konzept für die Einführung der Bezahlkarte nach den Vorgaben des Landes zur Abstimmung vorzulegen.

Bürgermeister Gauf, gibt in seiner Funktion als Sozialdezernent an, dass vom Bund und Land eine einheitliche Lösung angestrebt werde. Vor einem Jahr hätten sich die 14 teilnehmenden Bundesländer darauf verständigt, dass eine Ausschreibung zur Erstellung einer Bezahlkarte gemacht werde. Den Zuschlag habe dann die Firma Secupay AG bekommen. Seitens des Landes sei dieses System in den letzten Monaten in den Aufnahmeeinrichtungen erprobt worden. Nachdem rechtliche Hürden in Form von Widersprüchen gegen das Vergabeverfahren genommen werden mussten, sei im Juni 2025 seitens des Landes eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land und den teilnehmenden Landkreisen und kreisfreien Städten ausgearbeitet worden, welche die Stadt bereits gezeichnet habe. Er werde zusammen mit dem zuständigen Fachamt für die nächste Sitzung einen entsprechenden Gestaltungsvorschlag vorbereiten.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung keine Verpflichtung zur Nutzung der Bezahlkarte enthält. Die ADD habe aktuell nach einem Beschluss zur Einführung der Bezahlkarte angefragt.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann, GRÜNE, gibt an, dass hier ein wichtiger Punkt zu berücksichtigen sei. Nämlich eine umfassende Kosten-/Nutzenanalyse, eine fundierte Abwägung eines Verwaltungsaufwandes gegen potenzielle Vorteile für die Stadt oder gegebenenfalls für den Betroffenen.

Im Namen seiner Fraktion bittet er um Beantwortung der folgende Fragen:

- Wie viele Asylbewerber*innen kamen in den letzten Jahren nach Zweibrücken, wie viele werden der Stadt Zweibrücken im laufenden Jahr voraussichtlich von der ADD zugewiesen, wie viele hiervon könnten die Bezahlkarte erhalten, und wie stellt sich die Perspektive dar?
- Hat die Verwaltung Anhaltspunkte dafür, dass bei der bisherigen Praxis Überweisungen von Asylbewerbenden auf Auslandskonten, an Familienmitglieder im Herkunftsland, oder an Schlepper getätigt wurden?
- Wie hoch würde der Personalbedarf für die Einführung der Bezahlkarte sein, welche Unterstützung seitens des Landes ist realistischerweise erwartbar?
- Welche Auswirkungen hätte die Einführung der Bezahlkarte auf die IT-Infrastruktur der Verwaltung und auf notwendige Schulungsmaßnahmen?

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

- Welche in der Antragsbegründung erwähnten „verwaltungsökonomischen Aspekte“ sind denkbar und in welchem Umfang sind sie erwartbar?
- Wie würde sich das Anpassen und Ergänzen der Positivliste, also der Liste der zugelassenen Zahlungsempfänger, in konkretem Verwaltungsaufwand niederschlagen – auch im Hinblick auf die notwendige technische Betreuung, die ja fortwährend erfolgen müsste?
- In welchem Umfang können individuelle und kulturelle Bedürfnisse der Karteninhaber*innen bei der Anpassung der Positivliste überhaupt berücksichtigt werden?
- Wie stellt sich – abschließend – der Vergleich mit dem bestehenden Auszahlungsmodell hinsichtlich Effizienz, Kontrollaufwand, Missbrauchsvermeidung und Ersatz bei Verlust der Karte dar?

Ratsmitglied Dr. Igel, GRÜNE, erklärt, sie sei der Meinung, dass die Bezahlkarte keine Vorteile bringe; Ähnlich der Grenzkontrollen, bei denen sie die öffentlich genannten Reduzierungen in Sachen Schleuser etc. ebenso anzweifeln und auch hier Kosten für diese Maßnahmen im Verhältnis zu den Ergebnissen in Frage stelle. Mit einer Bezahlkarte würden Flüchtlinge diskriminiert und die Integration dadurch eingeschränkt. Man habe hier nur zusätzliche Kosten, die sich die Stadt Zweibrücken nicht leisten könne und die aus ihrer Sicht in keinem Verhältnis stünden. In Pirmasens habe man die Kosten erfragt. Die einmaligen Kosten lägen bei 9.000 € und die jährlichen Kosten bei 20.400 € für 80 Asylbewerber, die die Karte erhalten hätten.

Ratsmitglied Moulin, SPD, bittet im Namen seiner Fraktion um Beantwortung folgender Fragen:

- Eine umfassende Kostennutzenbetrachtung hinsichtlich der direkten und indirekten entstehenden organisatorischen strukturellen Kosten
- Erfahrungsberichte anderer Kommunen eventuell auch die, die sich dagegen entschieden haben
- Stellungnahmen von den zuständigen Fachämtern sowie Organisationen die sich im Bereich der Flüchtlingshilfe engagieren wie z. B. DRK, Caritas, Diakonie und dem Beirat für Migration und Integration

Ratsmitglied Dr. Gensch, CDU, gibt an, dass durch Reduzierung der Anreize in Kombination mit der Einführung der Bezahlkarte, die Zahl der Asylbewerber im Vergleich zu letztem Jahr um 60 % gesunken seien. Man könne hier schon einen Erfolg feststellen, weshalb er die Bezahlkarte für ein sinnvolles Instrument halte.

Ratsmitglied Keuchel, AfD, begrüße im Namen seiner Fraktion, den Antrag der CDU und gibt an, seine Fraktion werde diesem zustimmen.

Im Anschluss fasst der Stadtrat folgenden

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung eine im Rahmen der Landesweiten Vorgabe ausgestalteten Bezahlkarte zur Abstimmung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	1

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

Ordner Anträge

II

50

Punkt 16:
(öffentlich)

**Antrag auf Unterrichtung des Stadtrates gemäß § 33 Abs. 3
GemO,
Antrag auf Akteneinsicht i. S. d. § 33 Abs. 3 GemO; Antrag der
CDU-Stadtratsfraktion
Vorlage: 10/3600/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und ergänzt, dass es sich hierbei um keine Abstimmung handele. Der Stadtrat werde gemäß § 33 Abs. 3 GemO unterrichtet. Hinsichtlich der beantragten Akteneinsicht für Herrn Dr. Gensch habe er sich dazu entschieden, allen Fraktionen und Herrn Dr. Gensch die vollständige Akte zur Verfügung zu stellen, um alle Fraktionen transparent zu informieren. Er bittet Frau Schatz und Frau Buchmann um Verteilen der Aktenkopien.

Der Vorsitzende macht zudem Ausführungen zum zeitlichen Ablauf des Cannabis-Projekts und erläutert, welche Entscheidungen er mit Blick auf das Cannabis-Projekt getroffen habe:

- Es habe zuerst einmal ein Telefonat mit dem Prof. Dr. Gottschling von der Universitätsklinik stattgefunden. Die Telefonnotiz liege der Akte bei. In dem Zusammenhang habe er persönlich, dieses interessante Projekt als gesellschaftlich relevant gesehen, insbesondere vor dem Hintergrund der Rechtslage. Aus seiner Sicht sei ein politischer Diskurs notwendig und zielführend, weshalb er entschieden habe, dieses Projekt dem Stadtrat vorstellen zu lassen.
- Die zweite Entscheidung sei die Terminierung gewesen. In Abstimmung mit den Möglichkeiten von Herrn Prof. Dr. Gottschling, habe er sich dann für den 19.02.2025 entschieden.
- Die dritte Entscheidung habe so ausgesehen, dass er die Suchtberatung darum gebeten habe, mit dem Prof. Dr. Gottschling Kontakt aufzunehmen, damit diese sich ein Bild über das Projekt machen können.
- Die vierte Entscheidung sei zwischen den Stadtvorstandsmitgliedern etwas kontrovers gewesen. Für einen möglichen Projektbeginn sei ein Beschluss erforderlich gewesen. Vor diesem Hintergrund habe er entschieden, dass eine Veränderung von einer Informationsvorlage zu einer Beschlussvorlage erforderlich wäre.
- Die fünfte Entscheidung sei gewesen, dass man nach einem Gespräch zwischen dem Bürgermeister und der Verwaltungsleitung kurzfristig entschieden habe, dass in der Ratssitzung im Februar nur informiert und noch kein Beschluss gefasst werde und die Entscheidung ansich vertagt werde.
- Die sechste Entscheidung sei aufgrund eines Antrags der CDU mit der Bitte um Einholung von Stellungnahmen einzelner Institutionen erforderlich gewesen. Man habe hierzu alle Personen, die um Stellungnahme gebeten wurde, für eine Information zum Projekt durch Herrn Prof. Dr. Gottschling ins Rathaus gebeten. Alle Personen, die an dieser Vorstellung nicht teilnehmen konnten, habe man im Anschluss eine vertonte Präsentation zukommen lassen.
- Die siebte Entscheidung sei gewesen, dass durch die Absage von Prof. Dr. Gottschling das Projekt in Zweibrücken nicht weiter zu verfolgen, die Thematik nicht erneut zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung zu nehmen, da dieser dann hinfällig geworden sei.

Aus Sicht des Vorsitzenden und der Verwaltung, habe man damit mit der Akte und die zuvor getätigten Ausführungen dem Stadtrat alle Informationen vorgelegt.

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Ratsmitglied Dr. Gensch, CDU, stellt in Frage, ob das Cannabis-Projekt, wegen seiner medizinischen herausragenden Aussagekraft umgesetzt werden sollte oder vielleicht doch um die Dr. Cannabis GmbH vor der Pleite zu retten. Hier habe er eine erstaunliche Eile im Prozess feststellen können.

Er möchte wissen, was den Vorsitzenden auf einmal dazu veranlasst habe, in dieser Eile das Ganze voranzutreiben und welche Zusagen der Dr. Cannabis GmbH - auch im Prozess – gemacht worden seien. Zudem äußerte er sich kritisch gegenüber dem Vorsitzenden bezüglich der Informationsvorenthaltungen zum Projektablauf und der Vortäuschung der Zusammenarbeit zwischen dem UKS und Herrn Prof. Dr. Gottschling durch Nutzung des UKS-Logos. Man habe damit schlichtweg versucht den Stadtrat zu täuschen.

Ratsmitglied Rimbrecht, SPD, stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte mit folgendem

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	18
Enthaltung:	1

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Der Antrag auf Geschäftsordnung wurde damit abgelehnt, so dass mit der Rednerliste weiterverfahren wird.

Ratsmitglied Dr. Igel, GRÜNE, sei der Meinung, dass mit Vorlegen der Akte der Punkt abgeschlossen sein sollte. Hier gehe es nicht mehr um konstruktive Lösungen für Probleme in dieser Stadt zu finden. Man versuche damit den Oberbürgermeister persönlich anzugreifen. Das habe nichts mehr mit sachorientierter Politik zu tun. Ob ein Logo sinnhaft oder nicht sinnhaft verwendet wurde, sei zu dem Zeitpunkt nicht relevant gewesen, da es sich hierbei um einen reinen Informationspunkt gehandelt habe. Für die Entscheidung, ob sie das Modellprojekt für gut empfinde oder nicht, sei nicht das Logo maßgebend gewesen, sondern was haben die Zweibrücker Bürger davon.

Ratsmitglied Moulin, SPD, stellt sich die Frage, welchen Zweck man mit dem Antrag erreichen möchte. Er stelle hier die Ernsthaftigkeit des Aufklärungsinteresses in Frage, da eine inhaltliche Diskussion belanglos sei. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Projekt nicht stattfinden werde. Man habe dem Stadtrat die Möglichkeit genommen, darüber sachlich und inhaltlich zu diskutieren, da das Projekt vorher totgemacht worden sei. Diese Art ähnele einer Diskreditierungskampagne eines politischen Bewerbers für eine kommende Wahl und mache deutlich, dass der Wahlkampf begonnen habe.

Ratsmitglied Dahler, CDU, gibt zu bedenken, dass das Aufklärungsinteresse anderer Parteien wohl nicht so groß sei.

Ratsmitglied Dr. Gensch, CDU, kritisiert hier den Umgang mit dem Stadtrat und wie etwas präsentiert wurde. Er unterstellt, dass man versucht habe, Projekte unter Vortäuschung falscher Tatsachen durchzuwinken.

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Es handle sich um einen Projektpartner, dem das saarländische Landesamt für Verbraucherschutz den halben Laden leergeräumt habe, weil diese angegeben hätten, die angebotenen Produkte seien keine legalen Produkte, die man im freien Verkauf verkaufen kann, sondern umetikettierte Genuss- und Rauschmittel. Er unterstellt ferner, dass es bei dem geplanten Projekt vor allem um den Verkauf gegangen und nicht um medizinische Studien oder Erkenntnisse und wissenschaftliche Fragestellungen gegangen wäre. Er behauptet, damit habe der Oberbürgermeister die Gesundheit der Zweibrücker Bevölkerung gefährdet.

Abschließend sicherte der Vorsitzende die Beantwortung noch offener Fragen zu.

Verteiler:

Ordner Anträge

10.2.1/10.2.1.2 Beantwortung offener Fragen im Auge behalten

I

Punkt 17: **Anfragen von Ratsmitgliedern**
(öffentlich)

Es sind folgende Anfragen von Ratsmitgliedern eingegangen:

1. Anfrage von Ratsmitglied Lang

Beleuchtung Alexanderskirche

Ratsmitglied Lang möchte wissen, weshalb die Alexanderskirche sowie der Platz davor, nicht mehr beleuchtet werde.

Antwort: Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

2. Anfrage von Ratsmitglied Ruf

Glasfaserleitung Mörsbach

Ratsmitglied Ruf informiert darüber, dass die Hälfte der Bürgersteige, seit der Verlegung der Glasfaserleitung, mit Schotter befüllt seien. Dieser Zustand sei sehr unzufrieden, vor allem mit Blick auf den kommenden Winter. Er möchte wissen, ob die Möglichkeit bestehe, dass der UBZ die Bürgersteige in einen begehbaren Zustand versetzt.

Antwort: Der Vorsitzende schlägt vor, dass sich das Bauamt nochmal zum aktuellen Stand informieren werde. Wenn man hier nicht weiterkomme, werde man dann ein Gespräch mit dem UBZ suchen.

3. Anfrage von Ratsmitglied Metzger

Bibliothek Bipontina

Ratsmitglied Metzger möchte wissen, ob das Gutachten für die Bibliothek Bipontina vorliege und wenn ja, wann der Raum fertig sei.

Antwort:

Der Vorsitzende gibt an, dass demnächst eine Stellungnahme vom Land kommen werde, die einen konzeptionellen Einfluss haben wird. Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

4. Anfrage Ratsmitglied Metzger

Himmelsbergstollen

Ratsmitglied Metzger, fragt, wie weit sei der Sachstand des Himmelsbergstollens abzusichern und die Belüftung zu gewährleisten. Vom Bund und Land bekommt Zweibrücken einen Millionenbetrag. Sie schläge vor, dass das Geld nicht für Vorhaben verwendet werde die im Haushalt erledigt werden müssen und sollen. Stattdessen solle das Geld für ein Leuchtturmprojekt zur touristischen Aufwertung des Himmelsbergstollens verwendet werden. Hier könne vor dem Hintergrund der aktuellen Lage ein Schutzbunker für die Bürger errichtet werden.

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Antwort:

Der Vorsitzende informiert, dass man derzeit auf die Mitteilung warte, unter welchen Bedingungen die Mittel verausgabt werden können. Mit Blick auf die Bundesmittel prüfe man derzeit, in wie weit die Schäden in der Anlage darauf zurückzuführen seien, dass dies ein Schutzbunker oder Schutzeinrichtung im zweiten Weltkrieg gewesen sei. Wenn diese Schäden davon kämen, müsse der Bund entsprechend leisten. In den nächsten Monaten werde ein Schutzraumkonzept vom Bund kommen. Aktuell sei man aber schon mit der Beauftragung der Vermessung der Anlage beschäftigt.

5. Anfrage Ratsmitglied Wilhelm

100-Jähriges Jubiläum Eingemeindung Ernstweiler-Bubenhausen

Ratsmitglied Wilhelm möchte wissen, wie und was die Stadt plane hinsichtlich eines Festakts. Die Vereine seien gerne bereit, das Ganze zu unterstützen.

Antwort:

Der Vorsitzende führt aus, dass derzeit noch keine Überlegungen stattfinden. Er bedanke sich jedoch dafür, dass das Thema nochmal auf die Agenda gebracht werde. Man werde sich damit beschäftigen.

6. Anfrage Ratsmitglied Dahler

Altfahrzeug Netto-Parkplatz Bubenhausen

Ratsmitglied Dahler erinnert nochmal an die selbe Anfrage, die er bereits in der letzten Sitzung gestellt habe. Er habe bisher noch keine Antwort erhalten, bezüglich der Kontaktaufnahme mit dem Betreiber des Netto-Marktes. Wenn ein Gespräch stattgefunden habe, möchte er wissen, wie verblieben worden sei. Hinsichtlich der Altkleidercontainer auf demselben Parkplatz, bittet er ebenfalls um Abhilfe von der Verwaltung.

Antwort:

Der Vorsitzende gibt an, dass das Fahrzeug zeitnah abgeschleppt werde. Die Besitzverhältnisse des Parkplatzes seien recht kompliziert. Zum Altkleidercontainer könne er mitteilen, dass der Platz mittlerweile gereinigt worden sei.

7. Anfrage Ratsmitglied Dahler

Ehemalige Stegwiesenbrücke

Ratsmitglied Dahler gibt an, dass seit dem Rückbau der Brücke „In den Stegwiesen“ seit längerem nichts mehr geschehen sei. Er möchte wissen, ob die Stadtplanung dazu bereit wäre, sich vor Ort einen Überblick zu verschaffen um das Ganze eventuell etwas anschaulicher zu gestalten.

Antwort:

Der Vorsitzende sicherte zu, dass die Stadtplanung sich der Thematik annehmen werde.

8. Anfrage Ratsmitglied Nikolaus

Jugendparlament

Ratsmitglied Nikolaus führt aus, dass er durch die Zeitung erfahren habe, dass das Jugendparlament bereits Ende Juni getagt habe. Teilgenommen hätten 24 Jugendliche. Er möchte wissen, ob die Wahlen für das Jugendparlament bereits stattgefunden haben. Laut Zeitung dürften wohl auch Jugendliche, die außerhalb von Zweibrücken wohnen, mitwirken. Er meine sich zu erinnern, dass man sich darauf geeinigt habe, dass nur Jugendliche mit Wohnhaft in Zweibrücken mitwirken sollten.

Antwort:

Der Sozialdezernent gibt an, dass im nächsten Jugendhilfeausschuss ausführlich darüber berichtet werde.

9. Anfrage Ratsmitglied Dr. Igel

Stromausfall Mörsbach

Ratsmitglied Dr. Igel möchte die Gelegenheit nutzen und sich im Namen des Ortsbeirates Mörsbach, ausdrücklich bei allen Hilfskräften dafür zu bedanken als der Stromausfall in Mörsbach war. Sie gibt an, dass der Informationsfluss bezüglich des Leuchtturmes an die älteren Menschen nicht so gut funktioniert habe. Sie möchte wissen, ob es möglich sei, gerade diese nochmals zu informieren.

Antwort:

Der Vorsitzende stimmt zu, dass gerade für ältere Menschen nochmal eine Information erfolgen müsse. Hier werde man nochmal nachsteuern.

10. Anfrage Ratsmitglied Franzen

Sachstand Lidl-Niederauerbach

Ratsmitglied Franzen habe mitbekommen, dass es zu Problemen gekommen sei bezüglich Altöl. Die Baustelle sei sogar eingestellt worden. Er möchte wissen, wie aktuell der Sachstand sei.

Antwort:

Herr Michels, Bauamt, gibt an, dass es sich bei dem Vorfall um einen lange bekannten Altschaden handele. Dort bestehe auch ein Sanierungskonzept, welches vom Investor mit der SGD Süd abgestimmt war. Derzeit lägen keine neuen Erkenntnisse vor.

11. Anfrage Ratsmitglied Telöken

Parksituation Gewerbestraße

Ratsmitglied Telöken bittet die Verwaltung darum, die Kontrollen in der Gewerbestraße durch das Ordnungsamt zu erhöhen, da immer wieder PKW's und LKW's im Halteverbot stehen.

Antwort:

Die Beigeordnete sicherte eine Erhöhung der Kontrollen zu.

12. Anfrage Ratsmitglied Telöken

Baustelle am Hornbach

Ratsmitglied Telöken möchte wissen, ob bei der Kanalsanierung eine Sickerwasserbehandlungsanlage geplant sei.

Antwort:

Frau Hartfelder, UBZ, erklärt, dass das Niederschlagswasser von befestigten Flächen, wie z. B. Straßenflächen, vor einleiten vorbehandelt werden müsse. Bei dieser Baumaßnahme sei es nur Außengebietswasser von unbefestigten Flächen.

13. Anfrage Ratsmitglied Schiller

Spielplatz „Platz der Kinderrechte“

Ratsmitglied Schiller berichtet, dass die Zugänge zum Spielplatz leicht beschädigt und leicht zu öffnen seien. Sie bittet die Verwaltung dies zu kontrollieren.

Antwort:

Der Vorsitzende sicherte eine Kontrolle zu.

14. Anfrage Ratsmitglied Eckerlein

Altkleidercontainer Franckstraße

Ratsmitglied Eckerlein gibt an, dass am Altkleidercontainer ein Haufen voller Kleidung liege. Er bittet hier Abhilfe zu schaffen.

Antwort:

Herr Michels, Bauamt, führt aus, dass es derzeit im gesamten Stadtgebiet vermehrt Probleme mit den Altkleidercontainern gebe. Man sei aber dran die Betreiber anzuschreiben und Verfügungen zu verschicken.

Verteiler:

32

41

51

60

UBZ

51

Stadtwerke

37

10-John

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Punkt 18: Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse (öffentlich)

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- Es wurde einer Ernennung zugestimmt.
- Es wurde der Verleihung zweier Stadtplaketten zugestimmt.
- Es wurde einer Vertragsangelegenheit zugestimmt.

13. Sitzung des Stadtrates am 03.09.2025

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 21:28 Uhr.

Der Vorsitzende

Die Schriftführer

Oberbürgermeister
Dr. Marold Wosnitza

Alessa Buchmann

Cristina Schatz